

„Die Geister, die ich rief...“

Wie die neoliberale Zurichtung Europas in die 'Eurokrise' mündete

„Die faulen Südländer! Machen Siesta und leben auf unsere Kosten. Jetzt müssen sie büßen, wenn sie aus ihrem Schuldensumpf gezogen werden wollen!“ So tönt es mehr oder weniger offen rassistisch in deutschen Medien, aus liberal-konservativen Politiker- und Wirtschaftskreisen. Es wird abgelenkt von den tieferen Ursachen der Krise, die sich derzeit als Staatsschuldenkrise darstellt und als 'Euro-Krise' firmiert.

Staaten schaffen die Voraussetzungen für das Finanzkasino

Im Zuge der 'Globalisierung' genannten neoliberalen Wende wurden Reiche und Kapitalgesellschaften seit den 1980er Jahren von Gewinn- und Vermögenssteuern entlastet und Sozialleistungen gekürzt. Irland wurde wegen seiner Steuerflattrate als europäisches Vorbild beklatscht. Deutschlands öffentliche Kassen hätten ohne die Steuersenkungen seit dem Ende der 90er Jahre jährlich zwischen 20 und 50 Mrd Euro mehr Einnahmen gehabt. Die **Umverteilung zu Lasten der Allgemeinheit** hat zu starken Vermögenskonzentrationen geführt: Weltweit besitzen acht Prozent der Reichsten 87 Prozent des Vermögens. Es wird jedoch überwiegend nicht für produktive Investitionen verwendet, sondern an die Finanzmärkte getragen. Zusammen mit dem Recht der Banken, Kreditgeld zu schöpfen, entstand eine aufgeblasene Finanzsphäre, die sich vom Bezug zur realen Wirtschaftstätigkeit weitgehend löste. Regierungen aller politischen Richtungen haben das **Finanzkasino** mit immer neuen Freiheiten ausgestattet, die von Banken, Hedgefonds und anderen „Investoren“ genutzt wurden: zum Spekulieren, für kriminelle Geschäfte, zur Kapitalflucht an Schattenfinanzplätze, um sich der Besteuerung und Kontrolle zu entziehen. Das Finanzkasino ist 8mal so groß wie das gesamte Weltsozialprodukt! Die Spekulationsexzesse brachten 2007/2008 das globale Finanzsystem an den Rand des Zusammenbruchs.

Staaten übernehmen die Zock-Schulden der Banken - Kasino läuft ungestört weiter

Alle westlichen Staaten haben in Folge der Finanzkrise 2008 gigantische Bankenrettungspakete geschnürt, d. h. die Spekulationsverluste der Banken den BürgerInnen aufgebürdet. Der massive Wirtschaftseinbruch brachte auch die Blase der Scheinwertschöpfung von Immobilien zum Platzen, die am Bedarf vorbei, als internationale Steuersparmodelle errichtet worden waren, z. B. in Irland oder Spanien. Die Erosion der Einnahmen und die Explosion der Ausgaben wurde über die Schuldenaufnahme auf den „Finanzmärkten“ ausgeglichen, was besonders die EU-Staaten in deren völlige Abhängigkeit brachte. Die Staatsverschuldung der westlichen Industrieländer stieg seit 2007 von 50 % auf durchschnittlich 90 %. Die Banken verdienen daran, dass sie von den Staaten gerettet wurden: Sie können sich zu einem Zinssatz unter der Inflationsrate Geld bei der Europäischen Zentralbank EZB leihen und den Staaten zum mehrfachen Zinssatz weiterverleihen! Die Ursachen der Finanzkrise wurden nicht beseitigt und kehren heute als EURO-Krise zurück.

Spekulative Attacken gegen Länder der Eurozone

Seit zwei Jahren wird, - angefangen mit Griechenland -, ein Euroland nach dem anderen von den Finanzmärkten in die Mangel genommen. **Spekulative Attacken** gehen Hand in Hand mit politisch motivierten Herabstufungen der Kreditwürdigkeit von Euro-Ländern durch die **unkontrollierten US-Ratingagenturen**. Indem man ihre Anleihen auf Ramschstatus setzt, werden die Zinskosten in die Höhe getrieben und bis dahin verlässliche Schuldner in die Zahlungsunfähigkeit gedrängt. Dabei können Staaten der Erpressung durch die Finanzmächte kaum entgehen: Setzt ein Land kein hartes Sparprogramm auf, wird es deshalb herabgestuft. Verhält es sich nach dem Willen der Agenturen, wird es herabgestuft, weil es mit dem Sparprogramm die Wirtschaft abwürgt. Dass die völlig überschuldeten USA oder Großbritannien von einer Herabstufung verschont bleiben, deutet darauf hin, dass die systemische Finanzkrise unterlegt ist von einem Währungskrieg US-Dollar versus Euro. Überlebt der US-Dollar den Euro, kann er noch eine Weile seine privilegierte Rolle als Weltleitwährung spielen und den USA eine billige Refinanzierung sichern.

EU-Binnenmarkt und Währungsunion übervorteilen die Schwachen

„Jeder gegen Jeden“ und „Gemeinsam gegen den Rest der Welt“ ist das Funktionsprinzip der Europäischen Integration und der Eurozone - mit unterschiedlichem Ergebnis für die Mitglieder. Deutschlands Exportwirtschaft hat sich unter dem Dach der gemeinsamen Währung, flankiert durch Schröders Agenda 2010 mit Lohndumping und Sozialabbau auf Kosten der deutschen Beschäftigten, Arbeitslosen und Armen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den anderen EU-Ländern errungen. Er summiert sich in den vergangenen 10 Jahren auf 650 Mrd Euro an **Exportüberschüssen** nur gegenüber der Eurozone. Die Überschüsse der einen sind die Defizite (Schulden) der anderen. Gegen die deutsche Exportwalze in der Freihandelszone EU-Binnenmarkt können sich die anderen Länder nicht wehren, nicht abschotten, nicht entwickeln. Das überschüssige Kapital suchte lukrative Anlagemöglichkeiten, d. h. Schuldner, z. B. unter EU-Staaten.

Schutzschirm für Gläubiger - Schocktherapien und langes Siechtum für die BürgerInnen

Um Kredite von EU-Kommission, Euro-Ländern und IWF (=Troika) zu erhalten, muss sich das Empfängerland bedingungslos dem Diktat strenger Auflagen fügen. Sie entsprechen den Strukturanpassungsprogrammen, wie sie in der Schuldenkrise der Dritten Welt auferlegt wurden, mit denselben desaströsen Folgen, die nun auch Italien, Portugal und Spanien drohen: Drastische Erhöhungen von Gebühren und Mehrwertsteuer sowie Senkungen von Löhnen und Renten um 20 bis 50 % treiben die Menschen in die Verarmung, würgen die Binnenwirtschaft ab und lassen die Arbeitslosigkeit in die Höhe schießen. Die Troika verordnet nicht nur

Sparprogramme, sondern **Angriffe auf (Arbeits-)Recht, Gesetz und Demokratie**. Sie verlangt die Aufhebung von Tarifverträgen und eine Absenkung des Mindestlohns. Neue Einkommensteuern werden rückwirkend eingezogen. Auf der anderen Seite werden Unternehmen steuerlich entlastet. Die massive Kapitalflucht wird nicht unterbunden. 600 Mrd Euro griechischer Vermögen in der Schweiz bleiben z. B. unange-tastet. Hinter dem Begriff des „Rettungsschirms“ verbirgt sich eine Rettung der Gläubiger. Die tiefer lie-gende Motivation der Programme ist **sicherzustellen, dass die Schulden bedient werden!** Die Schulden-höhe (incl. Zinseszins-effekten) hat jedoch in beinahe allen westlichen Ländern ein Ausmaß erreicht, das durch Sparprogramme nicht zu bewältigen ist und für die Bevölkerungen nicht mehr tragbar ist.

'Eurokrise' als Gelegenheit zum neoliberalen Durchmarsch

Das neoliberale EU-Projekt hatte von Beginn an zum Ziel, die BürgerInnen Europas von wesentlichen Ent-scheidungen auszuschließen. Der Beton der europäischen Verträge entzieht zentrale Politikbereiche der demokratischen Gestaltung. Zur Zeit hält selbst der dünne Schleier der formal-demokratischen Legitima-tion nicht mehr. Die Finanzmärkte und politische Cliques wie die Troika nehmen sich das Recht heraus, europäische Regierungen, Parlamente und ihre Beschlüsse nach Belieben unter Vormundschaft zu stellen, abzustrafen oder gar zu ersetzen. Die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns müssen diese politischen und wirtschaftlichen Akteure nicht verantworten. Die Refinanzierungskrise einzelner Staaten wird miss-braucht, um unter dem Etikett der „Strukturreformen“ und der „europäischen Wirtschaftsregierung“ die Zentralisierung in EUropa und Eurozone sowie flächendeckend ein Regime der Enteignung der Sozial-staaten, der letzten Reste öffentlichen Eigentums, der Einkommen der Arbeitenden aufzuzwingen. „Markt-konforme Demokratie“ nennt Frau Merkel das.

Perspektiven für EUropa jenseits des (Finanz)Kapitalismus

Kurzfristig: Staaten der Erpressung durch die Finanzmärkte entziehen

1. **Refinanzierung der Staaten erleichtern statt Strafzinsen aufbürden**
Die EZB vergibt als Notmaßnahme vorübergehend Niedrigzinskredite an überschuldete Staaten und räumt ihnen damit das gleiche Recht ein wie den Banken.
2. **Schulden-Audit für alle öffentlichen Schulden in Europa - Zocker zahlen die Zockschulden**
Komitees aus unabhängigen BürgerInnen und ihrer Experten unterziehen alle staatlichen Schulden einem öffentlichen, transparenten Audit. **Verabscheuungswürdige Schulden werden gestrichen.** Der Invest-Casino-Bereich der Banken wird abgetrennt, unter Quarantäne gesetzt und koordiniert abgewickelt.
3. **Lastenausgleich herstellen.** Um die **gemeinschaftsschädigende Steuerentlastung zurückzu-nehmen** werden große Vermögen, Gewinne und Einkommen drastisch besteuert.
4. **Scharfe Kontrolle der Finanzmärkte, Kapitalverkehrskontrollen wieder einführen,** um die Kapitalflucht ins Ausland zu unterbinden und Vermögenswerte zu sichern.
5. **Hände weg von öffentlichem und staatlichen Eigentum**
Die Daseinsvorsorge (Wasser, Energie, Transport, Ernährung ...) wird dem Ausverkauf entzogen.

Mittelfristig: Entwaffnet die Finanzmärkte

1. **Entwaffnet die Finanzmärkte!**
Verbot aller Spekulationsgeschäfte auf Währungen, Staats- und Unternehmensanleihen, Grund-nahrungsmittel, strategische Rohstoffe. Schließung aller Steueroasen und Schattenfinanzplätze. Verbot aller außerbörslichen und außerbilanziellen Geschäfte (derzeit 420 Bill. USD)
2. **Wirksame Finanztransaktionssteuer auf alle Finanzgeschäfte erheben**
3. **Leistungsbilanzungleichgewichte im europäischen Währungsraum ausgleichen**

Langfristig: Ein anderes EUropa ist möglich

1. **Aufbau eines kooperativen, non-profit-orientierten Versorgungsnetzwerkes,** aus Banken, Wohnung, Landwirtschaft und Ernährung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Energie, um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten und die eigenen Finanzmittel dem globalen FinanzKasino zu entziehen.
2. **Beseitigung des Kreditgeld-Schöpfungssystems der Banken,** d.h. die Erzeugung von Schulden-Geld aus dem Nichts, das neben dem unlimitierten Gelddrucken der Zentralbanken fortlaufend Kreditblasen erzeugt, die an einem bestimmten Punkt kollabieren.
3. **Schaffung einer neuen internationalen Leit- und Reservewährung an Stelle des US-Dollars;** (Währungskorb, Bindung an zentrale Rohstoffe, feste Wechselkurse ...)
4. **BürgerInnen kündigen den EU-Vertrag und bauen ein neues Europa** nach den Grundsätzen der wirtschaftlichen Kooperation, der echten Demokratie, der Solidarität nach innen und außen sowie der Erhaltung der ökologischen Lebensgrundlagen.